

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

2. September 2021  
**6.2021**

### Armutspolitische Bankrotterklärung

Die Bundesregierung plant zum Jahreswechsel eine Anpassung der Hartz-IV-Regelsätze: im Schnitt um drei Euro. Erwachsene erhalten dann statt 446 Euro künftig 449 Euro im Monat – blanker Hohn für die Menschen, die davon leben. Die »Anpassung« ist noch nicht mal eine Erhöhung von 1 Prozent. Die Verbraucherpreise steigen seit Beginn des Jahres deutlich, gerade die Preise für Lebensmittel und Energie; die Erhöhung gleicht das nicht aus. **Hartz-IV ist und bleibt Armut per Gesetz.**

### Zum Vergleich: Preissteigerung für ausgewählte Waren und Dienstleistungen im Juli 2021

(im Vergleich zum Vorjahresmonat)



Quelle: Statistisches Bundesamt

### SPD-Minister Hubertus Heil lässt Arme im Regen stehen

Im SPD-geführten Arbeits- und Sozialministerium werden seit Jahren die Bedarfe der Menschen in Hartz-IV kleingerechnet. Zahlreiche Ausgaben werden gestrichen, weil sie angeblich nicht regelbedarfsrelevant sind – z. B. im Sommer die Kugel Eis für Kinder oder zu Weihnachten Baum und Adventsschmuck. Dabei basieren die Beträge ohnehin nur auf den sparsamen Ausgaben von Menschen mit den niedrigsten Einkommen. Was am Ende übrig bleibt, reicht kaum zum Leben. An echte gesellschaftliche Teilhabe ist nicht zu denken.

# Die geplante »Anpassung« der Hartz IV Sätze bleibt Armut per Gesetz

Das hat seit der »Agenda 2010« System: Die »Hartz-Reformen« wurden entwickelt, um einen Niedriglohnsektor in Deutschland zu schaffen. Mit der Angst vor Hartz-IV werden Lohnabhängige dazu gedrängt, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen und miese Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Dafür werden die Hartz-IV-Sätze zu niedrig gehalten und Leistungsbezieher\*innen mit einem rigiden Regime von Sanktionen, also Kürzungen drangsalieren.

### Scholz' Wahlversprechen: Bürgergeld statt Hartz IV – Nur ein neuer Name?

Olaf Scholz wird nicht müde, den Begriff »Respekt« zu betonen. Aber die Aussagen zu Hartz IV im Wahlkampf bleiben vage und sind rein rhetorisch. Hartz IV soll zu einem »Bürgergeld« werden. Wie das konkret aussehen soll und wie es sich vom bisherigen Hartz IV unterscheidet, wird nicht genannt. Auch nicht, wie hoch es sein soll. Dafür wird betont, dass es auch beim geplanten »Bürgergeld« für die Bezieher\*innen Mitwirkungspflichten geben soll. Das soll das nicht mehr wie bisher »Eingliederungsvereinbarung« genannt werden, sondern »Teilhabevereinbarung«. Klingt besser, bleibt aber eines der zentralen Disziplinierungsmittel im Hartz-IV-Regime. Auch bei den Sanktionen bleibt die SPD vage. Abschaffen will sie nur die »sinnwidrigen und unwürdigen« Hartz-IV-Sanktionen. Das entspricht ungefähr dem, was auch das Bundesverfassungsgesetz in seinem Urteil zu den Hartz-IV-Sanktionen festgestellt hat: Dass nämlich bei den Sanktionen die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden muss, was bei einer kompletten Streichung der Regelleistung nicht der Fall sei. Deshalb darf das Arbeitslosengeld II bei Pflichtverletzungen höchstens um 30 Prozent gesenkt werden. Am Grundsatz des »Förderns und Forderns« wollen Olaf Scholz und die SPD offenbar nichts ändern.

### Unsere Sofortmaßnahmen: Regelsätze hoch und Sanktionen abschaffen

Ohne Rechentrickserei müsste der Regelbedarf für einen Erwachsenen bei 658 Euro zuzüglich Wohnkosten und Stromkosten in tatsächlicher Höhe liegen. Das haben Berechnungen der Linksfraktion ergeben und das fordert DIE LINKE als Zwischenschritt. Die Sanktionen müssen sofort abgeschafft werden. Das Ziel ist: Hartz IV muss weg.

### Solidarisches Mindesteinkommen ohne Sanktionen statt Hartz IV

Wir wollen dafür sorgen, dass niemand im Monat weniger als 1.200 Euro zur Verfügung hat. Das ist unsere Grenze für ein gerechtes, solidarisches Mindesteinkommen. Niemand soll weniger haben, egal in welcher Lebenssituation: ob in Rente, Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit. Für Menschen, die keine oder nur geringe Einkommen haben, setzen wir uns für eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro ein. So muss niemand mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle leben. Das ist ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung von Armut. Um speziell Kinderarmut zu beseitigen, wollen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung. Ihre Höhe fällt abgestuft aus und beträgt 630 Euro für die ärmsten Kinder.

Ergebnis von 16 Jahren CDU-geführten Bundesregierungen: Kinder- und Altersarmut, größter Niedriglohnsektor in Europa, Pflegenotstand, marode Infrastruktur, Bildungsmisere, Wohnungsnot, Ungleichheit.

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Mehr Informationen unter:**  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**